

Bauprojekte auf Straßen und Schienenstrecken auf Eis gelegt: Was steckt dahinter?

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat für die nächsten fünf Jahre zahlreiche Infrastrukturprojekte zurück gestellt. Begründet wurde dies mit mangelnden finanziellen Mitteln.

Bei den auf Eis gelegten Projekten handelt es sich um einige wichtige Bahnprojekte in Nordrhein-Westfalen, die "Y-Trasse" von Bremen und Hamburg nach Hannover, um den Ausbau einiger Bahnknoten sowie den Neubau der Bahnstrecke Frankfurt-Mannheim. Auch Bundesstraßen und Ortsumgehungen sind von der Einsparung betroffen.

Nur 13 Milliarden Euro sind laut "Süddeutsche Zeitung" zwischen 2006 und 2011 in den Aus- und Neubau von Fernstraßen geflossen; dies ist ein Bruchteil der Milliarden, mit denen die Autofahrer Jahr für Jahr zur Ader gelassen werden.

Wir sind uns darüber einig, dass Investitionen in Infrastrukturprojekte – insbesondere Verkehrsprojekte – für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und damit für den Erhalt der Arbeitsplätze in unserem Land von enormer Bedeutung sind. Dass aber Ramsauer gerade jetzt unsere Bevölkerung mit einer solchen Botschaft schockieren will, hat folgende Hintergründe:

1. Die heute fehlenden Milliarden für notwendige Infrastrukturprojekte sind in Steuergeschenke für das Klientel der FDP geflossen.
2. Die schwarz-gelbe Bundesregierung darf in den nächsten Jahren wegen der im Grundgesetz verankerten "Schuldenbremse" nicht mehr so viele Schulden machen und muss sich das Geld nun "irgendwo her holen". Daher holt sie den Hammer "Maut" hervor – und dies, obwohl Bundeskanzlerin Merkel die Maut noch vor Kurzem abgelehnt hatte.
3. Straßenbauprojekte sollen bevorzugt werden, um die Einführung der "Gigaliner" vorzubereiten, für die zurzeit bereits Testversuche laufen. Experten wie Autofahrerverbände warnen bereits jetzt vor erhöhter Unfallgefahr und immensen Folgekosten für den dann notwendigen Ausbau unserer Straßen.
4. Bahnprojekte, die umweltfreundlichen Transitverkehr ermöglichen und den Straßenverkehr entlasten, werden deshalb abgewürgt, um unliebsame Konkurrenz auszuschalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung möchte uns glauben machen, dass die Autofahrer bei Einführung einer Maut nicht mehr zu zahlen haben als bisher. Wir haben die Befürchtung, dass die Maut lediglich der Einstieg in weitere finanzielle Belastungen ist – Abzocke der Autofahrer, um weitere Klientel-Steuergeschenke zu finanzieren?